

Versteht täglich
nachmittags mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
monat. 50 Pf., 1/2 Jährl. 1.50 Mk.
vierteljährlich 1.00 Mk. Durch
die Post bezogen 1.65 Mk.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bestellbar, kostet
monat. 10 Pf., 1/2 Jährl. 30 Pf.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr
betragt für die 6spaltige
Zeile oder deren Raum
15 Pf. für Wohnungs-,
Berufs- und Verfallungs-
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die fällige
Nummer müssen spätestens
bis mittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 6645.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Sölbergasse.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle.

Wort: für Wahrheit und Recht.

Nr. 35. Halle a. S., Freitag den 10. Februar 1893. 4. Jahrg.

Zum Notstand.

Der Notstand und die Debatten über denselben sind oft. Nach ihrer Klassenzugehörigkeit bejaßen ihn die einen, während die anderen ihn verneinen. Ob die Proletarier Not leiden oder nicht, darüber können nur sie selbst entscheiden, da sie in der Mitte der umstrittenen Sache stehen. Daß der König Kapitalismus den Notstand leugnet, beweist nichts, denn er und seine königlichen Spießgesellen leugnen oder lägen auch — je nachdem sie bemußt oder unbemußt handeln — aus dem Anstich der Selbsterhaltung.

Ein vorläufiges Mittel, der Not der Massen zu steuern, ist die Forderung der Einführung des internationalen Achtstundentages. Dieser Gehalt wurde von den Vertretern des Proletariats 1889 in Paris wichtig und klar zum Ausdruck gebracht; die nationalen Parteien der Sozialdemokratie machten ihn zu dem ihren. Als die Delegierten des Pariser Kongresses in die Heimat zurückgekehrt waren, wurde ihr Bericht über den Achtstundentag mit nachhaltigen, warmem Beifall begrüßt. Das haben wir neuerzeit auch in Halle und dem Saalkreis erlebt.

Und da es sich dabei eben nicht um ein Strohhalm augenblicklicher Begehrung handelte, wurde diese Forderung seitdem in guten und bösen Tagen hochgehalten. So kam es auch durchaus nicht überraschend, daß der Saalkreis, angeleitet durch die Not der letzten wirtschaftlichen Krise, deren Ende und Folgen nicht absehbar, auf dem letzten Kongreß der deutschen Sozialdemokraten zu Berlin einen dringenden Antrag für die gesetzliche Verwirklichung des Achtstundentages einbrachte. Die Folge war die, daß der sozialdemokratischen Fraktion die Angelegenheit zur Erwägung überwiesen wurde, und daß diese die bekannte **Notstands-Interpellation** bei dem Deutschen Reichstage geschäftsordnungsmäßig einbrachte. So entstand die bewegte Notstands-Debatte vom Januar 1893, in welcher der Standpunkt unserer Partei von den Abgeordneten Liebknecht, Kuer und Dreßbach in mannhafter Weise vertreten wurde, — während die bürgerliche Presse trotz dieses sehr einfachen Sachverhaltes sich über den Ursprung und Zweck dieser Diskussion den Kopf zu zerbrechen schien. Nun, für uns liegt die Sache klar genug.

Damit aber war die Angelegenheit für die nächste Zeit keineswegs erledigt; denn die Vertreter der alten Parteien und der Regierung leugneten einen bestehenden, besonderen Notstand hartnäckig entweder teilweise oder ganz.

Bei Gelegenheit der Beratung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1893/94 wurde dem Titel „Reichsamt des Innern“ wurde die Notstandsdebatte abermals fortgesetzt, indem sozialdemokratischerseits der detaillierte Nachweis geführt wurde, daß die arbeitende Bevölkerung des Königreichs Sachsen — insbesondere die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbranche — unter der Not der Zeit schwer zu leiden hätten. Der konservative Abgeordnete Mehnert und der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte sächsische Minister widersprachen. Herr Bausl von den Nationalliberalen, sowie der Vizepräsident des preussischen Staatsminis-

teriums, der Staatssekretär des Innern von Bötticher, verlangten sogar namentlich zu wissen, was denn die Sozialdemokraten im „Zukunftsaal“ gegen einen allgemeinen Notstand thun könnten, wie dieser Staat aussehen würde, welche Ziele dabei verfolgt würden, und warum die Sozialdemokraten eigentlich ihre letzten Absichten verfallten.

Auf diese Provokation war es unmöglich für die Fraktion, sich schweigend zu verhalten. So kam es, daß Bebel, der auf Grund seiner Schriften am meisten angegriffen war, in der 35. Sitzung in glänzender Rede antwortete. Den tiefen Eindruck dieser von wissenschaftlichem Geiste getragenen Ausführungen suchte nur der Ignorant Freiliger v. Stumm-Golberg und der Herr Bockem, der letztere in einer verächtlichen Kapuzinerpredigt, nach Möglichkeit abzuschwächen. Der langen Rede kurzer Sinn ging dahin, daß die Arbeiter bereits den Himmel auf Erden haben könnten, wenn sie nur „vernünftig“ sein wollten, oder daß doch dieser Himmel mit Bewußtsein ihrer im Innern war, um sie für verhältnismäßig kleine, irdische Unannehmlichkeiten zu entschädigen.

Unser Genosse Fromme führte in der 36. Sitzung die ersten Leute gehörend ab. Aber wieder kein Ende. Denn die Herren Stöcker und Richter besiegten diesmal ihre moralische und mandelfestlichen Parole „Erdensperden“ und legten Arm in Arm ihre Kränze gegen den Notstand, den „Zukunftsaal“ und die gehätselte und gefürchtete Sozialdemokratie ein. Mit Herrn Richter, dem Vater der Spar-Anges und der Strampel-Anges, und dem Faltsch-Sücker im Bunde marschierte auch gleichzeitig der Abgeordnete und Bergart Herr Bausner; er sprach so schönen Unsinns, daß er uns unversehrt ließ, und wir vielleicht an anderer Stelle darauf zurückkommen können; zunächst müssen wir unsere Leser auf den Inhalt der parlamentarischen Berichte verweisen.

Die Debatte, welche die Sozialdemokratie tagelang — und das wiederholt — in den Mittelpunkt der Dinge stellte, nahm immer mehr einen allgemeinen Charakter an. Trozdem sah es nicht an persönlichen, wilden Angriffen auf Bebel, der diese Angriffe in zweißündiger Rede brillant in der 37. Sitzung zurückschlug, indem er frühzeitig nach dem alten Regel unserer benährten Politik verfuhr, nach welcher die beste Verteidigung der entschlossenen Angriff ist und der Gegner ist. Eugen Richter war darob furchtbar erboht und ging mit allerlei Wadenkreuzen gegen den sozialdemokratischen Redner los, da er aber etwas wirklich Sachliches nicht vorzubringen hatte, mußte er sich darauf beschränken, das böse Haus und das Land mit einer langen Reihe von Mähgen, frei nach dem Kriegsbildersatterler der „Wespen“, Wippchen und Fallauern allerlei Sorte zu unterhalten.

Endlich erhielt Liebknecht in der 38. Sitzung, nachdem die Gegner künstlich zwischen ihm und Bebel einen Gegensatz konstruiert hatten, das Schlüsselwort, welches er qualitativ ausgiebig ausnützte, indem er die Verleumdungen, Verdrehungen und offensibaren Lügen der Bourgeoisie auf ihren wahren Wert zurückführte. Er wies überzeugend und mit überlegener Ironie nach, daß die Bourgeoisie gut daran thun würde, sich gründlich um den Militarismus und

den korumpierten Gegenwartsstaat zu kümmern, statt ihn Augenmerk auf den von ihrer Phantasie erzeugten Zukunftsaal zu richten; daß die unüberwindliche Kraft der Sozialdemokratie darin ihren Grund habe, daß ihre Interessen gleichzeitig die Interessen der Majorität, der notleidenden Mehrheit des Volkes sind. — So betam das große Wortgeficht einen der Sache angemessenen, würdigen Ausklang.

Mit einigen öden Bemerkungen Stöckers, deren Wert der Wahrheitsliebe dieses Menschenkreises entsprach, fortgenietrien sich die moralisch total geschlagenen alten Parteien rückwärts.

Was in diesem achtstägigen Redetournee der Sieg der roten Fahne folgte, wird er auch dauernd und in späteren entscheidenden Stunden auf unserer Seite sein, auf der Seite der revolutionären Sozialdemokratie.

Politische Beobacht.

Die brutale Gewalt hält auch heute noch, nach dem Reichstags-Debatten der letzten Tage, die „Rothd. Allg. Ztg.“ für das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie! Das offizielle Blatt bezeugt dem ihm gesonnenen, verdorbenen Freiherrn v. Stumm, er habe „das Richtige“ getroffen, wenn er seine Rede schloß:

„Ich sage, die Waffen, mit denen die Gefahr bekämpft werden muß, die Sie herausbeschwören und die der Abg. Bebel heute in recht trostloser Weise wieder herausbeschworen hat, sind nicht ideale Waffen, sind nicht Rede und Gegenrede, sondern die Waffen der Gewalt, an die Sie appellieren, sobald Sie die Macht haben, und die auch Ihnen gegenüber angewendet werden muß. (Beifolte Beifall rechts.)“

In diesem Kampfe werden Sie nur dann zum Siege kommen, wenn der Staat schwach ist, aber niemals dann, wenn der Staat seine Schuldigkeit thut und, ohne sich zu sträuben, Ihnen mit den Mitteln gegenübertritt, die er in seiner Macht hat. (Beifolte Bravo rechts.)“

Wir können es hiernach erleben — sagt hierzu die Berliner „Volkszeitung“ —, daß bei der Beratung der Militärvorlage im Plenum Herr v. Stumm für dieselbe ins Besondere führt — im Grund, daß zur Bekämpfung des „inneren Feindes“ der Militarismus nicht genaugam geeignet werden kann. Sie haben beide aus dem Falle des Sozialistengesetzes nichts gelernt und haben alles vergessen, der Geheimkommissionsrat und der Geheimkommissionsrat!

Die freirepublikanische „Post“ ruft der Sozialdemokratie gegenüber nach Einschränkung der Press- und Versammlungs-freiheit. Also eine würdige Dritte im Bunde der beiden Geheimen Räte!

Na, man zu! Wie's kommt, wird's geessen! gefingt es den Stumm et tutti quanti, die Regierung zu bewegen, die offene Gewalt anzuwenden — die Sozialdemokraten sind bereit! Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Die gegenwärtige politische Lage schildert das „Bayr. Vaterland“ ganz vortrefflich wie folgt: Das „Niemand reizt mich ungestraft“ wird jetzt dem Reichstag in allen Tonarten zu Gehör geredet, bis er reißt ist — zum Umfalle n. Die Regierung und ihre Leute zeigen dabei ertauulich

36]

Jolly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisierte Uebersetzung von H. Geil.
(Fortsetzung.)

[Nachdruck verboten.]

Der Unwille rötete Rolands Wangen. „Garnier, verheißt er. Sie wollen mich vor einer Lauschkung warnen und fiedeln selbst in der tiefsten. Wohl ist Jolly, wie ihr Name sagt, toll und übermäßig, aber rein und unverbunden — ein Natur-Kind ohne Arg, das Gegenteil von so vielen Tängerinnen und Schauspielerinnen — sie ist eben so unfaßlich, wie ich selbst es für und Margarethe gegenüber bin.“

Roland — Ihre Grundsätze in Ehren, aber können Sie wirklich auf Jollis Tugend schwören? Halten Sie das Mädchen wirklich für ehrenhaft?“

„Jawohl, Garnier; Jolly ist ungebildet nach den Begriffen der Welt, Sie hat wenig oder nichts gelernt, aber sie ist gut. Zwischen Jolly und mir ist nie ein Wort gefallen, welches Margarethe nicht hören dürfte. Sie sollten mich besser kennen, aber Verurtheil! Ich bewundere Jolly, wie man schöne Blumen bewundert.“

„Und jorgen dafür, diese Blumen gehörig zu schmücken!“ wußt der Vater ironisch ein.

„Sie empfängt meine Geschenke, wie ich sie gebe: freundschaftlich.“

„Und sie speist mit Ihnen — sie führt mit Ihnen aus, nimmt Visitenkarten von Ihnen an, bezaubert Sie mit ihren Augen — und das alles aus einem rein platonischen Gefühl, he?“

„Es ist so . . . können Sie sich auch nicht dazu anschwingen, ein so zartes Gefühl als vollkommene Freundschaft aufzufassen.“

Roland sprang von seinem Stuhle auf, stampfte mit dem Fuße und tief zornig: „Garnier, Sie haben mich beleidigt!“

„Ich bin Ihr Freund — nicht Feind. Trauen Sie mir wenigstens die besten Absichten zu, indem ich mit Ihnen über ein Thema spreche, das mich beunruhigt, seitdem ich selbst die Ursache war, Sie mit dem Theater in nähere Fühlung zu bringen.“

„Nun ja, Sie sind ein guter Alter, ich weiß das,“ erwiderte Roland, ruhiger werdend durch den begütigenden Ton seines Gesähten; „aber Sie hätten mir besser diesen Schmerz erspart! Begrreifen Sie denn nicht über Krabe, daß die Entzückungen in die Ihr Künstler über eine Statue verfallt, das Herz eines gewöhnlichen Menschen erregen können beim Anblick eines schönen lebendigen Weibes, indem er solch schöne eigenartige Züge entdri, wie kein Maruor sie auch nur abgeben läßt. Kein Mensch wird Ihnen unredliche Absichten oder Gefühle zutrauen wenn Sie in Schwärzerei überfließen für ein paar Joll marmonen Lorps — im Gegenteil, man schreiet Ihnen ja alle Tugenden unter der Sonne wegen dieser Lebenskraft!“

Kein Beweisgrund ist so überzeugend für jemand als der, mit dem er selber sich, besonders wenn er noch die Eigenliebe hat, die Göttergung zu schließen. Garnier gab den Widerspruch mit einer absehbaren Bewegung seiner Hände auf, heiter bemerkend, daß die Fortsetzung einer Intimität auf platonischer Grundlage von der höchsten Gemütsanlage der beiden Beteiligten abhängt. Dann verließ er das Thema und empfahl sich bald.

Roland warf sich auf ein Sopha und überdachte das Vorgeschene. Er wiederholte sich seine eigenen Beweisgründe und fügte andere von gleicher Stärke hinzu. Er ging sogar so weit, in die Zukunft zu blicken — ein höchst ungewöhnlicher Vorgang bei ihm — sich selbst befragend, ob die von Garnier geäußerte Gefahr wirklich bestände. Wäre es möglich, daß ein anderes Gefühl aufstommen und die harmlose Natur ihres Verkehrs stören könnte.

„Sollte ich mich in sie verlieben, oder sie sich in mich?“

Ju dum! Jolly ist das reinste Kind — sie denkt und handelt wie ein Kind; sie könnte nicht so offen und so wenig zurückhaltend sein bei einem einzigen untauleren Gedanken. Was mich betrifft, da ist keine Gefahr. Habe ich nicht versprochen, Gretz zu heiraten? Und ist dies nicht ein ausreichender Grund, daß ich niemand anders lieben kann? War ich jemals falsch oder ließ ich von Handlungen ab, wenn ich sie selbst in der Hitze der Begeisterung unternehmen und nur unter größten Unannehmlichkeiten ausführen konnte? Ich versprochen, sie zu heiraten und ich will es. Wäre ich schwach, würde ich mich nicht schon längst in Jolly verliebt haben? Und selbst einen Wechsel in unleren Gefühlen vorausgesetzt, würde ich mich nicht augenblicklich zurückziehen? Garniers Verdacht fußt auf einer ganz falschen Voraussetzung. Ihm nachgeben, auch nur im geringsten, würde ein falsches Licht auf Jolly werfen. Zum Segen: mit allem! Ich bin im Recht und will es beweisen. Sein unlauberes Geschwäg verbietet keinen andern Gedanken.“

Nachdem er zu diesem befriedigenden Entschluß gekommen, sprang er vom Sopha auf, wuschelte die Kleider und ging mit leichtem Herzen zum Leibstall, um den Wagen zu besellen. Sein Selbstvertrauen war durch das Geschehene nur gehoben und er füllte sich von einem Druß befreit, der schon die ganze Woche auf seinem Gemüt gelockt hatte. Es schien ihm jetzt leichter, an Gretz zu schreiben; er konnte ihr mehr von Jolly erzählen, nachdem er die Unmöglichkeit seiner Gefühle sich ganz klar gemacht hatte. Zufrieden mit sich selbst, eilte er davon, ohne einen Gedanken an das, worauf es eigentlich ankam — nur vorausschwelgend in dem Vergnügen der Fahrt.

Er fand Jolly wartend vor dem bescheidenen Hause am Lambethweg, wo sie wohnte.

Ihre Fahrt ging durch Richmond Park. Jolly führte selbst die granen Pomme, sie alle Augenblicke mit der Peitsche anfeuernd. Die Erregung der Fahrt, die aufsteigende Wis-

absolutistische Gesetze und lassen Staatsrecht, Verfassungsmäßigkeit und dergleichen schöne Sachen sehr ungenügend als Zuspätkommen an der Hand erscheinen. Das militärische Präsidium predigt das brutale Dogma, daß die Regierung die Militärvollmacht nötigemfalls auch gegen den Willen des Reichstages durchzuführen muß, was zu dem Verfassungsbuch heißt. Den Offizieren erscheint die Vorlage natürlich als „unbedingt notwendig“ und deren Durchführung als eine „Pflicht der Regierung“. Die oberste Instanz, die „Königliche Kommission“ findet die heutige Lage entschieden „unbilden“ und „untragbar“, worin dem Reichstag die durch den Verfassungsmißbrauch bewirkte Verfassungsbuch in der höchsten Anbittern stehen, wofür dann freilich die Regierung nach dem „glorreichen“ Brudertage vom 1886; von der Volkvertretung Revolution und „Indemnität“ erhielt. Ein kommandierender General, der im nächsten Kriege eine Armeekommandierung soll, erklärt, daß wenn der Reichstag nach wiederholter Auflösung noch nicht bewilligen wolle, dann auch das Kreuzerke gezwungen werden müßte, — damit ihm ja kein geheimer Kriegstrug nicht entgehe. Einzelne Zivilisten sind nicht minder hingschuldig für die Vorlage begeistert. So droht der konservativste Abg. v. Helldorf, daß wenn der Reichstag es zum Konflikt kommen lasse, man vor dem „Unverstand des allgemeinen Wahlrechts“ nicht Halt machen, also dem „allgemeinen Wohltäter“ den Krug umbringen und dem Garum maden werde, was zu veruchen gewissen Leuten schon zu vertrauen wäre. Der freikonserervative Hans Delbrück übertrifft fast jeden für einen „Ecken“, der für die Durchführung der Vorlage „nicht den Kopf auf den Block lege“, was wiederum sehr großmütig geredet ist. Der Hans wird auf alle Fälle ein „Ecken“ sein, sondern ohne Kopf, den er „auf den Block gelegt“ und folglich auch ohne Hirn ferner herumlaufen. Die Staatsrechtler liegen also sozusagen in der Luft, und für manche Leute, die heute schon gern umfallen möchten, wenn sie nur einen schicklichen Vorwand der Entschuldigungsgrund dafür auszubringen könnten, wird das gar nicht so unangenehm sein; werden sie dann doch wieder sagen können, das sei „Schlimmeres verachtet“, und dem Volk die Verfassung gerettet! Haben! Und also gar noch Dank für ihren Umfall und Berrat beantragen möchten! Erst zu machen mit der Idee des Staatsrechtes und Verfassungsbuch wird man sich aber in Berlin wohl etwas überlegen. Es sind heute die Zeiten nicht barmherzig, das man so leichtsinnig mit dem Feuer spielen dürfte. Mit einem unangenehmen und großen Volk führt man keinen siegreichen Krieg, am wenigsten nach zwei Fronten; nach einer verlorenen Schlacht lo-mie gar leicht der „große Kladderadatsch“ anheben, der ebenfalls für die Völker und noch bedeutlicher für die Kronen wäre.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten nebst Begründung.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl Althwards gegen die Stimmen der Freireinigen für gültig erklärt. — Freireinige Blätter wußten seinerzeit zu berichten, daß bei der Wahl Althwards große Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die die Ungültigkeitserklärung mit Sicherheit erwarten ließen. Man darf auf den bezüglichen Kommissionsergebnisse gespannt sein.

Neber die in Berlin bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben:

Die am 20. Februar hier stattfindenden Gewerbegerichtswahlen dürfen den Sieg der Sozialdemokraten nicht bloß in der Arbeitnehmerklasse, sondern teilweise auch in der Arbeitgebergruppe bringen. Die Wahlen, in denen sich jeder eintragen muß, am stimmberechtig zu sein, sind geschlossen. Die Zahl der eingetragenen Arbeitgeber beträgt ca. 3800. Es hat also nur ein kleiner Teil der Arbeitgeber Wert darauf gelegt, sich die Möglichkeit zum Wählen zu verschaffen. Man ist daran geneigt, daß die Arbeitgeber ein weit geringeres Interesse an der Verhängung ihrer öffentlichen Rechte haben, als die Arbeiter. Aber sie haben auch das geringere Verständnis, wie weniger Vertraut mit dem Inhalt der Gesetze, und die es sich handelt und denen ihre Rechte entripfen. In einer Arbeitgeberversammlung, die fürstlich aus Anlaß der Gewerbegerichtswahlen einberufen war, schlug der Referent vor, die Nominierung der Kandidaten den Innungen zu überlassen. Nun sind bekanntlich die Innungsmitglieder, und ebenso die bei ihnen beschäftigten Arbeiter, bei den Gewerbegerichten weder zur aktiven noch zur passiven Wahl berechtigt, wie denn beide Gerichte durchaus nebeneinander stehen. Dem Referenten waren also die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über die Gewerbegerichte nicht einmal bekannt. Es läßt

lung des Champagners, den sie zum Frühstück getrunken — die junge Dame hatte den angenehmen Wein, seitdem sie durch den Theaterpäpster Gans dessen erste Bekanntschaft gemacht hatte, vollkommen schätzen gelernt — erhöhte Jollis Farbe und die natürliche Lustigkeit ihres Wesens. Mit ihren Bonbons beschäftigt, bemerkte sie gleichwohl, daß Roland, indem er ganz still neben ihr saß, seine Augen starr auf ihr Gesicht gerichtet hatte.

„Sehe ich hübsch aus?“ fragte sie, ohne ihren Kopf zu bewegen.

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie hübsch.“

Sie wandte ihm jetzt ihr Gesicht zu und schaute ihm in die Augen, bis er ihren Zauber nicht länger zu ertragen vermochte und traumhaft die Finger rieb.

Sich freudig über diesen Erfolg ihrer Macht und herausgefordert durch Rolands Erregung, neigte sie sich leicht zu ihm und flüster:

„Wären Sie mich nicht gerne küssen?“

Roland packte sie am Arm und drehte seine Lippen auf ihre Schulter, denn Jollis hatte unter Wachen ihr Gesicht abgewandt. Dann faßt er heftig zitternd auf seinen Sitz zurück, während Jollis küßt ihre Bonbons auf die Mitte des Weges zurücklenkte, von dem sie durch Rolands heftigen Druck auf ihren Arm abgelenkt waren.

(Fortsetzung folgt.)

sich aber auch annehmen, daß einige Innungsmeister in der nächsten Unterkunft sich in die Höhe der Gewerbegerichts-wähler haben eintragen lassen, die dann aber natürlich nur Wahl doch nicht zugelassen werden können. Stimmt diese Vermutung, so reduziert sich die Ziffer 3800 noch weiter. Welcher politischen Partei gehören nun die eingetragenen Arbeitgeber an? Möglicherweise sind die 3800 zu einem erheblichen Teile Sozialdemokraten. Ohne Zweifel werden die Arbeitgeber sozialdemokratischer Parteidirection größerer Firmen, die in Listen eingetragen zu werden, dessen haben, als die anderen Parteien angehörig. Wie viele Arbeitgeber aber Sozialdemokraten sind, läßt sich am besten aus der (allerdings nicht zur Veröffentlichung gelangenden) Kommunalwahlstatistik, wegen der öffentlichen Abstimmlung, ersehen. Da haben nun z. B. in den Wahlbezirken der Herren Singer und Lupauer 1/3 der Handwerksmeister sozialdemokratisch gewählt; in anderen als den Arbeitervierteln mag das Verhältnis etwas weniger günstig für die Sozialdemokratie sein. Es sollte und demnach wundern, wenn nicht in einigen Bezirken die Sozialdemokratie ihre Kandidaten auch in der Arbeitgebergruppe durchdrückt. Agitiert hat sie in dieser allerdings nicht sonderlich, weil man öffentlich bemerken konnte, während sie für die Agitation unter den Arbeitnehmern monatlang einen erheblichen Teil ihrer Thätigkeit eingesetzt hat. Die Partei ist auf das Gewerbegerichtsgesetz nicht gerade schlecht zu sprechen. Ist das Gewerbegericht auch nicht im Stande, am Arbeitgeber etwas zu ändern, so bedeutet es doch gegenüber den Innungsgerichten eine Gleidertierung und einen Fortschritt, trägt zur Schulung der Arbeiter in den öffentlichen Dingen bei und, wie ein früherer sich ausdrückte: „Das Wichtigste ist die moralische Wirkung der Initiative: Sozialdemokraten sind Richter auf Grund des Staatsgesetzes“. Was die Gewerbegerichtswahlen betrifft, so haben wir dem Berichte nichts hinzuzufügen. Zweierlei müssen wir aber zu dem Berichte bemerken. Einmal geht nämlich aus demselben hervor, daß die kleinen Handwerksmeister größtenteils der Sozialdemokratie zuneigen, was so oft behauptet wird. Dann aber zeigt der Bericht, wie schädlich die öffentliche Stimmabgabe bei Wahlen ist, denn man kann die Wähler sehr genau auf ihre Stimmung kontrollieren, wie das die Abstimmung bei den Berliner Kommunalwahlen zeigt. Bekanntlich ist die öffentliche Stimmabgabe auch so ein Ideal unserer Reaktionäre.

„Patriotische“ Konervative. In Guben existiert ein konservativer Verein, der nach einer Darstellung des „Reichsboten“ aus Mangel an Zeitnahme seiner Mitglieder das vom Vorstande geplante Fest zum Geburtstag des Königs hat aufgeben müssen! — Der Verein, der früher einmal gegen tausend Mitglieder gehabt haben soll, zeichnet sich vor allen ähnlichen Institutionen noch dadurch aus, daß er einen liberalen Ehrenpräsidenten hat.

Ein Bild von antisemitischer Berichterstattung liefert folgende Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin: Ein deutsch-sozialer (antisemitischer) Parteitag für die Provinz Brandenburg und Anhalt-Deskau wurde heute im großen Saale des Feenpalastes abgehalten. Erschienen waren etwa 100 Personen. Dr. Paul Förster, dessen Privatunternehmen die Sache zu sein schien, hatte die Einladungen dazu erlassen und eröffnete gegen 12 Uhr die Verhandlungen. Zunächst erklärte er, daß nicht jeder Bestimmungsgenosse so ohne weiteres an den Beratungen teilnehmen dürfe, nur solchen sei dies gestattet, die von demselben Geiste wie seine Einladung erfüllt seien. Dann erklärte er, es dem Beschlusse der Verwaltung zu überlassen, ob die Anwesenheit von Zeitungsberichterstattern gebuldet werden solle. Als keiner gegen die Anwesenheit der Berichtstatter etwas einzuwenden that, wendte sich Dr. Förster zu dieser: Es ist der Herr Berichtstatter also erlaubt, hier zu bleiben, jedoch muß ich an diese Erlaubnis noch die Bedingung knüpfen, daß die Herren sich mir auf Ehrenwort verpflichten, daß die Debatten mit mir Rücksprache zu nehmen und nach meinen Angaben einzeln, was ich für ungeeignet zur Veröffentlichung halte, aus ihren Berichten zu streichen. Selbstverständlich lehnten die Berichtstatter es ab, auf die Summation, sich eine beratige Besatzung gefallen zu lassen, einzugehen, und als Dr. Förster sowohl die Verleumdung auf dieser Bedingung verbarren, zogen sie es vor, auf die Berichterstattung zu verzichten und den Saal zu verlassen.

Wieder ein Sittlichkeitskandal! Wie die „N. Bad. Landeszeitung“ erzählt, wurde heute der hier wohlbekannte Dienstmann Mecher wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen in mehreren Fällen an Kindern (Mädchen) unter 14 Jahren, verurteilt. Ferner erlitt das gleiche Schicksal eine ältere Geschäftsfrau, die der Kuppel beduldig ist; sie soll mit dem vorgenannten Dienstmann auf vertrautem Fuß gestanden haben. In der bevorstehenden gerichtlichen Verhandlung dürften in Hinsicht auf den legianannten Fall hiesige und auswärtige angesehene Männer und Frauen, sowie Kellerinnen und sonstige junge Mädchen als Zeugen die Hauptrolle spielen. — Ja, ja, das „Leipz. Tabl.“ hatte Recht, als es sich bei Besprechung der Leipziger Skandalaffäre damit tröstete, daß solche Sachen in jeder größeren Stadt vorgekommen.

Zum Panamaskandal wird aus Paris unterm 7. Febr. berichtet: „Die Anklagekammer hat heute nachmittags 11 Uhr in dem Panama-Prozesse die Einstellung des Verfahrens gegen Rouvier, Deves, Gredy, Renault und Cottu beschlossen; Proust, Beral, Dague, de la Fauconnerie, Wabaud, Sancelor, Sobron, Blondin, Arton, Garces de Sèpès und Fontane wurden von der Affäre verwiesen.“ — Das Rouvier entschuldigend soll, ist zwar leicht wenig überraschend — nach dem Sprichwort von den großen und kleinen Spitzbuben — allein wir hoffen doch, daß die Sache noch nicht zu Ende ist. Die Vernehmung Artons und des Cornelius Herz wird zweifellos noch neues Belangungsmaterial liefern. Freilich Arton ist noch nicht gefangen und Herz „am Sterben“. Apropos, wenn wir hier von großen und kleinen Spitzbuben sprechen, so geschah das bloß, weil es das Sprichwort so

mill. Im Panamaskandal giebt es bloß große und größere Spitzbuben.

Herr Milan Obrenowitsch, die Ex-Majestäät von Serbien, ist am Dienstag anläßlich einer Depeche des Belgrader Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, in der mitgeteilt wurde, daß die Souveräne Subra in Paris einen Prozeß gegen Milan auf Zahlung einer Dremil-million Franken, welche ihr auf Grund verschiedener Rechtstitel zuzulassen, angeklagt habe, nach Frankfurt a. M. gereist, um sich persönlich bei dem Eigentümer der „Frankf. Ztg.“ Ausflucht über die betr. Angelegenheit zu holen. Milan nahm, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, an, daß es sich bei der Meldung um eine gegen seine Vernehmung mit seiner früheren Gemahlin der Erbprinzessin Natalie, gerichtete Intrigue handle. Herr Sonnemann soll dem Herrn Obrenowitsch alle nur möglichen Auskünfte gegeben haben. Derselben schienen ihn aber nicht befriedigt zu haben, denn wie jetzt die „Kreuzzeitung“ meldet, hat der Erbprinz eine Verleumdungssklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankf. Ztg.“, Herrn Zistowitsch, eingereicht. — Da die betreffende Nachricht fast alle deutschen Zeitungen durchlaufen, so müßte Herr Obrenowitsch, wenn er seine Ehre wieder herstellen will, einige tausend Zeitungen verlagern!

Amerikanische Justiz. Aus New-York! meldet man dem „Vorw.“: Der Wahrspruch der Geschworenen im Homestead-Bergrubungsprozeß, durch welchen der erste der Angeklagten, Distriktsverwalter der Orben der R. o. L. Dempsey, für schuldig befunden wurde, hat nicht nur bei den Arbeitern, sondern fast in allen Bevölkerungskreisen große Ueberraschung hervorgerufen. Die Geschichte sah von Anfang an dermaßen gemacht aus, daß allgemein angenommen wurde, die Geschworenen würden nicht auf den Schwinkel „hereinfallen“. Was die ganze Bergrubungsgeschichte noch besonders als ein Nachwort erscheinen ließ, war der Umstand, daß sie zur gerichtlichen Verhandlung kam, ehe die viel älteren Anklagen gegen die Homestead-Streiter entschieden waren. Man hatte sich, daß die Freisprechung des ersten Angeklagten in den Nord- und Aufbruchprozessen die Vertreter der Garantie-Comp. erst veranlaßt habe, den Bergrubungsprozeß in Szene zu legen, um die öffentliche Meinung gegen die anderen Angeklagten zu stimmen. Recht charakteristisch ist dabei, daß es von jedermann stillschweigend vorausgesetzt wird, Staatsanwalt und Richter seien nur die willkürlichen Diener der „Eigentümer“. Es würde ferner auch gar nicht überstrafen, wenn der Schuldigprozeß nachträglich ein „Bemerknis“ ablegte. Es ist alles schon dagewesen! Der Orden der „Knights of Labor“ hatte übrigens mit der Homestead-Affaire nichts zu thun.

Das Appellgericht des Staates New-York hat die Berufung des wegen „Erpressung“ zu einem Jahre Gefängnis verurteilten Hughes aus Hofstetter verworfen. Dasselbe Gericht sprach gegen einen höheren Eisenbahn-Beamten frei, welcher angeklagt war, daß im vorigen Jahre von der Legatsur erlassene Geheiß bezüglich zwölfstündiger Maximalarbeitszeit für Eisenbahn-Arbeiter verlegt zu haben. Das Gericht „begündete“ sein Urteil damit, daß die Bestimmung, wonach zwölf Stunden ein Tagewort ausmachen sollen, dem Wortlaute des Gesetzes nach nur eine „faktuarische Definition“ sei, deren Nichtbeachtung kein Straßvergehen involviere. Da dann man wirklich sagen, hier werden die Gesetze „für die Gänze“ gemacht!

Berlin. Von den wegen des Erdbebens einer anarcho-socialen Zeitung im November verhafteten Anarchisten sind nach der „F. Z.“ wieder zwei, ein Kaufmann Großmann und ein Schlosser Lorenz, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Untersuchung geht weiter.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung vom 6. Februar, 1. Uhr.

(Schluß.)
Der Abg. Richter hat mich durch den Hinweis auf die Eisenbahnverwaltung zu weiteren Gesuch. Sind wir denn mit dieser Eisenbahnverwaltung zufrieden? Kann sie nicht ebenso gut sein, wie sie ist? Die Uebelstände liegen nur in den Personen und in gewisser Regierung. Wir haben nur sagen wollen, daß wenn der Staat schon unter den heutigen bürgerlichen Verhältnissen dazu übergeht, gewisse große Industrien zu verstaatlichen, er dann der zünftigen Expropriation vorarbeiten und sie erledigt. Der sozialdemokratische „Einnat“ soll ein Judasbuh und noch schlimmer als der Wähler sein. Ja, glauben Sie denn, daß die Arbeiter sich beratige Zwangsvereinbarungen, wie sie die Herren Richter, Deves und Stamm und voranbringen, gefallen lassen würden? (Zurück!) Abg. Wachen: Das ist es in gerade! Sie glauben doch selber nicht, daß die rechtlich-wirtschaftlichen Bezirke im sozialdemokratischen Staat etwa einen Singer zum Direktor wählen würden, obwohl er nicht von diesen vertriebt. Alle ihre Richter und Ingenieure würden künftig ihre Intelligenz weiter verwenden müssen, schon weil sie leben müssen. Sie können auswandern, wenn sie wollen, es werden bald Leute da sein, welche das eben so genau verstehen (Widerpruch) Sie haben keine Ahnung, welches Maß von Intelligenz in der Arbeiterklasse steckt. Das ist der ungeheure Vorzug unserer Partei, daß im sozialistischen und öffentlichen Leben man gar nicht mehr auskommen kann ohne die Arbeiter, daß die Arbeiter alles wissen, alles kennen und alles können. Die Menschen werden frei, sie werden gleich sein, sie werden sich endlich einmal als Menschen fühlen. Sie können sich in der freien ungehinderten Weise geistig und körperlich entwickeln, und sie werden Freude und Genuß haben, wie es ihnen die bürgerliche Gesellschaft nicht barben kann. Die ungeheuren lästigen Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren bösen Eigenschaften, welche eine Folge der jetzigen bürgerlichen Verhältnisse, werden aufhören. Der Abg. Richter hat meine Auswanderungsreden über das Weien und den Begriff des Staats eine Wortlaubelei genannt. Er hat bestelle ausgerufen, als ich sagte: Es giebt keinen Lohn mehr in der sozialdemokratischen Gesellschaft. Ich weiß ja, daß er das Sozialrecht ebenso als eine einzige Einrichtung betrachtet, wie den Staat. Ich will meine Auswanderungsreden vom Freitag nicht wiederholen, aber ein unparteiisches, wissenschaftliches Männer gebildetes Richterkollegium würde sicher die Frage zu meinen Gunsten entscheiden. Wo hat es denn in den Anfängen der Gesellschaft, wo Sklaverei und Sklavenarbeit die Produktionsformen beschaffen, ein Sozialrecht gegeben? Es existierte weder unter der Feudalverfassung noch unter der Feudalverfassung. Erst mit der Enttötung von Gewerbe, Handel und der Selbstthätigkeit hat sich das Sozialrecht herausgebildet. Der Abg. Richter hat auf die Erlöse seiner „Jahresblätter“ überlegt worden. Mein „Franz“ ist bis zu diesem Augenblick in elf verschiedene Sprachen, zumeist in das Griechische, überlegt worden; demnach wird sie in das Russische und Russische überlegt. Richters Dicht wird vorwiegend von Arbeitnehmern en masse gekauft und gleich Malatrar; mein Dicht wird

